

# **GASTSPIEL JULIA BECKMANN: Es ist an der Zeit, den links-woken NGOs in Deutschland den Geldhahn abzdrehen**

Vor der Wahl haben CDU und CSU versprochen, die Mittel für sogenannten „N“GOs drastisch zu reduzieren. Im Koalitionsvertrag ist daraus – traurig genug – nur noch eine Evaluation der bestehenden Programme geworden.

Und in der Regierung erhöhen sie diese Mittel jetzt sogar nochmal kräftig.

Das kann doch niemand nachvollziehen. Wie lautet die Botschaft der Union an die Bürger und besonders ihre Wähler? „Wählt Union und ihr bekommt die Ampel 2.0!“? Dafür wurden sie ganz sicher nicht gewählt.

Ja, es gibt sinnvolle Förderungen für Vereine und Organisationen

Jeder Kommunalpolitiker weiß, wie gut eingesetzt ein 2.000 Euro-Zuschuss an den heimischen Sportverein oder den Musikverein im Ort ist. Darum geht es bei diesen „N“GOs aber nicht. Es geht um hunderttausende und Millionen Euros für politische Gruppen, die letztlich wie kleine Unternehmen organisiert sind und mit Steuergeldern ihre politischen Ziele durchsetzen wollen. Es sind Vorfeldorganisationen der SPD und Grünen, die – demokratisch nicht legitimiert – die öffentliche Meinung beeinflussen und oftmals vor allem Versorgungsposten für diese Klientel bereitstellen.

**+++Es wäre wichtig, wenn unsere Leser gelegentlich auch für unsere Arbeit Geld bereitstellen+++Mit Überweisung auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers1 Medien GmbH+++**

Die Gesellschaft in Deutschland ist in den vergangenen Jahren wieder stärker Richtung Mitte-Rechts gerückt. Die Hegemonie linker und grüner Meinungen ist eigentlich längst vorbei. Und trotzdem zementiert die Förderung dieser Organisationen einen Zustand, in dem die veröffentlichte Meinung weiterhin weit links der Mitte steht. Damit signalisiert man dem Bürger, dass es letztlich völlig egal ist, wie sie wählen und was sie wollen – am Ende ändert sich nichts und die linke Hegemonie wird einfach fortgesetzt. Das führt zu immer mehr Frust im Volke.

Die Förderung von „N“GOs ist keine Kernaufgabe des Staates

Im Gegenteil: Der Staat sollte sich hier komplett heraushalten und keine politischen Schattenakteure finanzieren. Die Förderung dieser linken Vorfeldorganisationen mit Steuermitteln ist ein grober Verstoß gegen demokratische Prinzipien-

Während überall gespart werden soll – vor allem auch da, wo es Leistungsträger betrifft – sollen unsinnige Projekte linker und linksextremistischer Organisationen noch stärker finanziert werden.

Damit muss Schluss sein. Ich hoffe, dass die Abgeordneten der Union bei diesem Unfug nicht mehr mitmachen. Und sollten sie es doch tun, muss man sich ernsthaft fragen, warum man bei der nächsten

Wahl noch CDU/CSU wählen sollte.

---

## **Antisemitin Greta Thunberg bei ihrer PR-Tour vor Gaza gestoppt**

Der Gazastreifen am Mittelmeer ist kein schöner Ort. Allerdings - da hat US-Präsident Donald Trump völlig recht - könnte er ein schöner Ort sein, wenn es die Terrororganisation Hamas nicht gäbe. Die verübt seit Jahrzehnten Terrorangriffe gegen den israelischen Nachbarstaat Israel und hat am 7. Oktober 2023 die Bogen endgültig überzogen, als sie Israel attackierte und 1.182 Menschen umbrachte. Warum? Einfach weil sie Juden waren.

Es gibt viele Menschen auf der Welt, die meinen, sie könnten Juden nur deshalb umbringen, weil sie Juden sind.

Wir kennen das aus der Geschichte unseres eigenen Landes. Und trotz des Wissens um all das, was damals unter der Herrschaft der Nazis im von Hitler-Deutschland besetzten Europas geschehen ist, trotz der Gaskammern, trotz sechs Millionen ermordeter Menschen, gibt es auch hierzulande eine wachsende Zahl an Antisemiten, von denen nicht wenige Auslöschungsphantasien in ihrem Kopf tragen.

Und da hilft auch nichts, darauf zu verweisen, dass viele der heutigen Antisemiten importierte Judenhasser sind, aus dem sogenannten islamischen Kulturkreis. Ein Merkmal der traditionellen Politik unserer Tage ist leider, dass die „Regierenden“ unfähig sind, aus der leidvollen Geschichte zu lernen und konsequent zu handeln.

*„Jetzt sind sie nun mal da“*, wie die schreckliche Frau Merkel angesichts steigender Gewalttaten nach ihrer verantwortungslosen Grenzöffnung mal sagte, kann nicht die Lösung sein. Schulterzucken, shit happens, darf nicht Staatsräson bleiben!

In Sonntagsreden wird des Holocausts gedacht, die wenigen noch überlebenden Opfer dürfen ihre furchtbaren Erlebnisse berichten, aber gleichzeitig lässt man Linke-Abgeordneten mit Pali-Solidaritätszeichen im Plenum rumlaufen.

Bei der AfD - ich weiß, manche wollen nicht daran erinnert werden - gibt es immer noch diesen Herrn Höcke, der Ministerpräsident Thüringens werden will und durchaus perspektivisch eine Chance hat. Der mahnt, die Deutschen sollten mit dem „Schuld kult“ jetzt aber mal aufhören. Oder der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland, der das Nazi-Grauen als einen „Fliegenschiss“ der Geschichte bezeichnete. Oder das „freundliche Gesicht des Nationalsozialismus“, das nun in den etwas beengten Reihen des AfD-Fraktionssaals im Deutschen Bundestag Platz nehmen darf.

Ja, ich weiß, irgendwer wird nachher wieder im Forum schreiben, warum der Herr Kelle immer wieder mit den alten Kamellen ankommt, wo die AfD doch so superhipp ist und die einzige Partei, die Deutschland jetzt noch retten könne...

Denken Sie, was Sie wollen. Hier ist das ausdrücklich erwünscht!

Aber beim Judenhass hört es einfach auf. Weil wir sind ein Blog der bürgerlich-konservativen Mitte. Und wir kritisieren Israel natürlich auch mal, aber wir wissen um unsere besondere Beziehung zum Staat der Juden. Und, was mich und sicher die meisten hier anbetrifft: Wir stehen auf der Seite Israels, der einzigen Demokratie im Nahen Osten, ohne zu wackeln und zu relativieren.

Ist Israels Vorgehen im Gaza hart?

Das kann niemand bestreiten. Aber - wie auch beim Ukraine-Krieg - sowas kommt von sowas. Wer heute das Leiden der Kinder in Gaza beklagt, verliert oft gern aus den Augen, wie die Kinder in Israel gelitten haben unter dem Palästinenserterror.

Etwa am 22. Mai 1970, als drei palästinensische Terroristen, damals der PLO, auf israelisches Territorium vordrangen, und im Kibbuz Avivim einen Schulbus unter Feuer nahmen. Sie ermordeten neun, Kinder, drei Erwachsene und verletzten 19 Mitschüler schwer. Auch 1968 gab es einen PLO-Terrorangriff auf einen israelischen Schulbus, die Liste all der anderen Terrorangriffe von palästinensischer Seite gegen Israel würde hier den Rahmen sprengen.

Gestern wurde die antisemitische Klima-Extremistin Greta Thunberg aus Schweden von der israelischen Marine daran gehindert, medienwirksam mit einem Schiff den Gazastreifen zu erreichen. Um „Hilfsgüter“ dorthin zu bringen.

Frau Thunberg unternimmt solche Reisen nicht aus Sorge um die Kinder Palästinas, sie unternimmt solche Reisen, um heroische PR-Fotos zu produzieren, die dann um die Welt kreisen und die Spendekassen füllen - auch mit Hilfe von NGOs (was ist eigentlich aus den 550 Fragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geworden?) und den deutschen Steuerzahlern.

Israels Verteidigungsminister Israel Katz stellte gestern klar: *„Der antisemitischen Greta Thunberg und ihren Freunden sage ich deutlich: Ihr solltet umkehren, denn ihr werdet Gaza nicht erreichen.“* Gut so!

+++In drei Wochen läuft die Frist ab+++Die Finanzierung unseres Blogs bis zum Jahresende und darüber hinaus ist leider weiter existenziell gefährdet+++Einige Dutzend Leser haben in der ersten Jahreshälfte 2025 mit Spenden eine Beitrag geleistet, diesen Blog zu erhalten+++Ihnen allen herzlichen Dank dafür!+++

---

## **Prorussische Regierung geht mit Gewalt gegen Demonstranten in Georgien vor**

Begleitet von schweren Protesten hat das Parlament in Georgien im Südkaukasus in zweiter Lesung ein umstrittenes Gesetz zur verschärften Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen angenommen. Zehntausende gingen dagegen erneut auf die Straße, wobei sie Fahnen Georgiens und der Europäischen Union schwenkten.

Die prorussischen Machthaber setzten gegen die friedlichen Demonstranten erneut Wasserwerfer, Tränengas und Gummigeschosse ein, Es gab mehrere Verletzte.

83 der 150 Abgeordneten des Parlaments stimmten für die umstrittene Gesetzesinitiative, 23 dagegen. Für die Annahme des Gesetzes sind drei Lesungen notwendig. Regierungschef Irakli Kobachidse hat bereits angekündigt, die dritte Lesung trotz der anhaltenden Proteste in zwei Wochen abzuhalten. Weitere zwei Wochen später werde das Parlament dann das zu erwartende Veto von Präsidentin Salome Surabischwili gegen das Gesetz überstimmen, sagte er.

Das geplante Gesetz fordert, dass Nichtregierungsorganisationen, die mehr als 20 Prozent Geld aus dem Ausland erhalten, über die Herkunft Rechenschaft ablegen müssen. Viele Projekte zur Demokratieförderung in der Ex-Sowjetrepublik arbeiten mit Geld aus EU-Staaten oder den USA.